



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Volkmар Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Prüfung der Vorgänge bei der Errichtung des Deutschen Museums Nürnberg

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Bayerische Oberste Rechnungshof wird ersucht, nach Art. 88 Abs. 3 der Haushaltsordnung des Freistaates Bayern (BayHO), über die Vorgänge im Zusammenhang mit der Errichtung des Deutschen Museums Nürnberg ein Gutachten zu erstellen und dabei auf folgende Punkte einzugehen:
 - Angemessenheit des Mietpreises, Bewertung der Konditionen des Mietverhältnisses und der Dauer des Mietverhältnisses
 - Ordnungsgemäßheit des Auswahlverfahrens
 - Sinnhaftigkeit der Entscheidung für Miete statt Eigentum des Freistaates
 - Orientierungen für die Fortführung nach Ablauf des Mietvertrages
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert,
 - im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schriftlich und mündlich einen Bericht zum Stand der Errichtung des Deutschen Museums Nürnberg zu geben mit den folgenden Schwerpunkten:
 - aktueller Sachstand beim Museum (Eröffnungstermin, realisiertes Konzept, Ausstellungs- und Programmplanung)
 - bisherige Förderung durch den Freistaat (einmalige und laufende Förderungen), Förderungen durch Dritte (Bund, Kommune, etc.)
 - insbesondere Nennung der einzelnen Maßnahmen und Zwecke, für die die Gelder im Staatshaushalt im Kap. 15 03 TG 89 „Deutsches Museum Nürnberg“ in den einzelnen Haushaltsjahren bislang verausgabt wurden
 - künftige Förderungen (geplante bzw. zugesicherte)
 - ob bei der Staatsregierung die Bereitschaft zum Ankauf des Gebäudes besteht, vor dem Hintergrund der besonderen Konstellation, dass der Staat das Projekt zwar fördert, die Verantwortung aber beim Mieter, dem Deutschen Museum liegt
3. Zudem sollen in dem Bericht die Fragen nach der Transparenz des Verfahrens der Vermietung und nach dem Zusammenhang mit Parteispenden beantwortet werden:
 - Welchen Einfluss hat der damalige Finanzminister Dr. Markus Söder auf das Verfahren genommen?
 - Welche Kenntnis hatte der damalige Finanzminister von der Parteispende des künftigen Vermieters des Museums an die CSU und evtl. weiterer Spenden?

- Welche Kenntnis hatte der damalige Finanzminister von der Beteiligung der Kulturreferentin Prof. Dr. Julia Lehner am Auswahlverfahren?

Begründung:

Aktuelle Presseberichte über eine Parteispende an die CSU im Zusammenhang mit dem Bau des Deutschen Museums in Nürnberg werfen neue Fragen über die Hintergründe der Vermietung der künftigen Räumlichkeiten der Nürnberger Museums-Filiale auf. Nach Recherchen von NDR, WDR und SZ erhielt die CSU 2018 eine Spende in Höhe von 45.500 Euro von dem Nürnberger Immobilienunternehmer, in dessen Gebäude, dem neu bebauten Augustiner-Areal, das Museum als Mieter unterkommen soll. 2017 wurde der Mietvertrag unterzeichnet und führte bereits damals im Bayerischen Landtag zu Kritik über das Verfahren und die Konditionen des Vertrages.

2,8 Mio. Euro jährliche Miete inklusive Betriebskosten zahlt der Freistaat dem Investor für 5 500 Quadratmeter im Zentrum der Altstadt. Mieter ist jedoch das Deutsche Museum, das die Mietkosten aus dem Staatshaushalt überwiesen bekommt. Auf die 25 Jahre gerechnet, über die der Vertrag läuft, summiert sich der Betrag auf 70 Mio. Euro. Hinzu kommen weitere 28 Mio. Euro für Investitionen, die zum Aufbau des Museums notwendig sind. Im Landtag warf das die Frage auf, ob der Freistaat das Museum nicht besser selbst hätte errichten sollen. Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte schon 2017, dass das Museumsgebäude nicht gekauft, sondern angemietet wurde, trotz der langen geplanten Nutzungsdauer.

Zudem gab es bei der Immobilie gleich zu Beginn der Planung Unklarheiten beim Auswahlprozess für einen Standort für das Museum. Mehrere mögliche Standorte in Nürnberg standen zur Auswahl. In der Kommission war auch CSU-Politikerin Prof. Julia Lehner vertreten, damals Kulturreferentin der Stadt Nürnberg und Ehefrau des Immobilienunternehmers. Mögliche Verdachtsmomente an Interessenskonflikten bei den Entscheidungen über den Standort Augustinerhof und die Vermietungskonditionen begleiteten die öffentlichen Diskussionen zu der Errichtung des Museumsprojektes.

Eine Prüfung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes muss jetzt Klarheit schaffen, ob die Konditionen der Vermietung der Räumlichkeiten für das Deutsche Museum Nürnberg angemessen sind und das Auswahlverfahren ordentlich durchgeführt wurde. Deutlich und transparent dargestellt werden muss von der Staatsregierung auch, welche Rolle Ministerpräsident Dr. Markus Söder in seiner damaligen Funktion als Finanzminister bei den Verhandlungen teilgenommen bzw. welchen Kenntnisstand er jeweils hatte.

Der Landtag muss zudem über die noch ausstehenden Baumaßnahmen, deren Kosten und die Aufstellung der gesamten Kosten des Museumsprojektes informiert werden.